

Welche Expertise braucht die Politik in chronischen Krisen?

1. COVID-19 als neue Herausforderung für die Politikberatung

Die rasche Ausbreitung des SARS-CoV-2-Virus zu Beginn des Jahres 2020 stellte die Politik weltweit vor bis dahin ungekannte Herausforderungen. Während Wissenschaft dabei unterstützen sollte, valide Strategien gegen die Pandemie zu entwickeln, machte deren zunehmende Komplexität eine rasche Bewältigung immer unwahrscheinlicher. Inwiefern verändern länger anhaltende krisenhafte Situationen wie die COVID-19 Pandemie den Bedarf nach Politikberatung und wie manifestieren sich diese veränderten Erwartungen auf organisatorischer Ebene? Dieser Frage geht dieser Beitrag am Beispiel Österreich nach.

Bei der Skizzierung der veränderten Erwartungen hilft Bogners (2023) Begriff der komplexen beziehungsweise *chronischen Krise*, der anhand der COVID-19 Pandemie entwickelt wurde und der den sich wandelbaren Charakter der Pandemie beziehungsweise deren politische und öffentliche (Mit-)Gestaltung betont. Dabei grenzt sich der Begriff der chronischen Krise klar von jenem der *akuten Krise* ab (Tabelle 1). Eine akute Krise bezieht sich auf akute, bestimmte Bedrohungen (z.B. das Auftauchen eines bisher unbekannten Virus beziehungsweise neuen Krankheitsbildes), sie schafft ein hohes Maß an Solidarität und stellt Einheit her („nationaler Schulterschluss“). Es gibt kaum Konflikte, weil das übergeordnete Ziel – die Bewältigung der Krise – klar ist. Da die Zeit für demokratische Entscheidungsfindung fehlt, dominiert eine administrative Politik und expertokratisches Handeln gilt als legitim. Sofern einschlägiges Wissen verfügbar ist – dessen Nicht-Verfügbarkeit war ein grundlegendes Problem besonders zu Anfang der Pandemie –, beugt sich die Politik gerne der entsprechenden Expertise. Die Erreichung des übergeordneten Ziels wird durch einen zeitlich und kontextual bedingten Wertekonsens – zu Beginn der Pandemie ist das der Lebens- und Gesundheitsschutz – erleichtert.

Eine akute Krise kann sich zu einer chronischen wandeln. Letztere ist (noch) kein Normalzustand, wird aber nicht mehr so stark als Bedrohung wahrgenommen, obgleich sie jederzeit wieder in eine akute Krise umschlagen kann. Eine chronische Krise zeichnet sich durch eine gesteigerte Konfliktintensität (z.B. in

öffentlichen Diskussionen) und den für offene Gesellschaften typischen Wertepluralismus aus, während eine endgültige Wiedererlangung der Kontrolle über die Situation zentral bleibt. Expertokratie gilt aufgrund der als geringer wahrgenommenen Bedrohung durch das Virus zunehmend als illegitim, während die Abwägung unterschiedlicher Werte stärker ins Bewusstsein von Öffentlichkeit und Politik tritt (Bogner 2023).

Tabelle 1: Gegenüberstellung von akuter und chronischer Krise (Bogner 2023, S. 130)

Ebene	Akute Krise	Chronische Krise
Diskursiv	Starke Krisenwahrnehmung	Geringe Krisenwahrnehmung
Sozial	Geringe Konfliktintensität	Hohe Konfliktintensität
Normativ	Wertekonsens	Wertepluralismus
Politisch	Administrative Politik	Deliberative Politik
Epistemisch	Legitimität der „Expertokratie“	Illegitimität der „Expertokratie“

Eine solche Abwägung erfolgt nach bestimmten Logiken. Der aus der Medienforschung stammende Begriff des *Framings* weist darauf hin, dass Argumente tendenziell bereits etablierten Rahmungen folgen. Framing ist ein Ordnungsprinzip, das komplexe Zusammenhänge greifbar macht, indem es bestimmte Aspekte eines Themas betont und andere marginalisiert. Es strukturiert Debatten und reproduziert diese Struktur gleichzeitig. Framing kann daher nicht nur als kontingente Weltinterpretation, sondern auch als Handlungsaufforderung verstanden werden (Beland Lindahl et al. 2016; van Mierlo et al. 2020), indem es z.B. politisches Agenda-Setting fördert, Unterstützung mobilisiert oder bestimmte Problemlösungen als selbstverständlich erscheinen lässt (van Mierlo et al. 2020, S. 365). Die einzelnen Frames entfalten Machtwirkung, indem sie Debatten diskursiv öffnen oder schließen (Ångman 2013, S. 413). So bestimmen sie auf normativer und epistemischer Ebene die Validität von Argumenten und Wissen im jeweiligen Kontext und auf sozialer Ebene, welche Expert*innen (oder Akteur*innen generell) gehört werden müssen (Stirling 2008; van Mierlo et al. 2020, S. 365). Ein Blick auf Framing hilft daher, Machtverhältnisse zwischen Akteur*innen und Perspektiven sichtbar zu machen (Wynne 2007).

Dieser Beitrag argumentiert, dass sich die COVID-19 Pandemie vorrangig durch ein bestimmtes Problem-Framing definierte, welches den Rückgriff auf bestimmte Methoden und Wissensbestände, und folglich Expertise, nahelegte. Er zeigt, wie Framing die epistemische und soziale, sowie die organisatorische Ebe-

ne der (wissenschaftlichen) Politikberatung beeinflusste, indem es die Krise als „Notfall“ oder „chronisch“ und die Krisenpolitik als „exekutiv“ oder „diskursiv“ darstellte. Damit setzte die *normative* Festlegung auf ein bestimmtes Framing Schwerpunkte in der politischen und öffentlichen Debatte und im Umgang mit der Krise. Dieser Beitrag widmet sich also dem Zusammenhang zwischen Framing der COVID-19 Krise und dem sich verändernden Politikberatungsbedarfs beziehungsweise den (Beratungs-)Strukturen in Österreich.

2. Methode

Dieser Beitrag basiert auf empirischen Analysen der österreichischen Fallstudie beziehungsweise den entsprechenden Teilen des Endberichts (Bogner et al. 2024) eines Projekts zur pandemiespezifischen Politikberatung (EPISTEMIS), das zwischen 2021 und 2023 am Institut für Technikfolgen-Abschätzung (ITA) der Österreichischen Akademie der Wissenschaften angesiedelt war. Im Zuge dieses Projekts wurden unter anderem 30 Leitfaden-gestützte Interviews mit hochrangigen Expert*innen sowie Vertreter*innen aus Regierung und Verwaltung in Österreich durchgeführt, aufgezeichnet, transkribiert und anschließend mittels qualitativer Inhaltsanalyse analysiert. Sofern die Interviews einer ersten Orientierung dienten beziehungsweise eine Tonaufnahme abgelehnt wurde, wurden handschriftliche Protokolle verfasst (ca. 12). Die Ergebnisse wurden 2022 im Rahmen eines Workshops mit Expert*innen aus Verwaltung und Wissenschaft in Wien diskutiert und weiterentwickelt.

3. Framing der COVID-19 Pandemie in Österreich

Der Strukturierung der Krisenwahrnehmung der COVID-19 Pandemie durch Framing lässt sich am Beispiel Österreich gut nachvollziehen. Anfänglich standen, trotz der prekären Datenlage und damit einhergehenden Unsicherheiten, das Virus, seine Verbreitungs- beziehungsweise Ansteckungsmechanismen und -raten sowie potenzielle Gegenmaßnahmen im Zentrum der Aufmerksamkeit von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit, wie ein Experte feststellte:

„Begonnen hat das Ganze mit dieser Taskforce [...] Und da ging es eher darum abzuwägen, was sind meinerwegen die Beschaffenheiten vom Virus, wie kann ich testen, was sagen die Virologen? Also das war wirklich die Zeit der Medizinerinnen und Mediziner zunächst einmal [...] Und in einer zweiten Phase dann, das war so

im Frühjahr 2020, so im April, Mai ist dann ein bisschen die Modellierung dazu gekommen. [...]“

Aufgrund geteilter Problemwahrnehmung arbeiteten Wissenschaft und Politik aller Fraktionen Hand in Hand:

„Ich habe den Eindruck gehabt, die Wissenschaft hat gelernt, die Experten haben gelernt, wir [in der Politik] haben gelernt. [...] Und am Beginn war es ja noch relativ einfach, weil [...] es eine unglaubliche Einigkeit gegeben hat.“

Ein eindeutiges Framing beziehungsweise politische Einigkeit sind Kennzeichen einer akuten Krise und erlauben aufgrund geringer Konfliktintensität eine starke Exekutiv-Rhetorik: Emmanuel Macrons „Krieg gegen das Virus“ (Brändle 2020) und die von Sebastian Kurz präsentierte Berechnung über potenzielle zusätzliche „100.000 Tote“ in 2020 (Rosner 2020), reihten sich in metaphorische Schlachten in ganz Europa ein, wobei solche Vergleiche durchaus auf Kritik stießen (z.B. Stöcker 2020).

Die Kombination beider Frames – des medizinisch-virologischen, und jenes des Ausnahmezustands – diente dazu, gegen das Virus zu mobilisieren. Etwaige Nebenfolgen blieben aufgrund des massiven Handlungsdrucks unterbelichtet. Das Ziel der Ausrottung beziehungsweise Kontrolle des Virus bestimmte das Krisenmanagement; „[f]ür kontroverse Diskussionen, geschweige denn eine grundsätzliche Frame-Reflexion fehlten Anlass, Zeit und Gegenstimmen“ (Bogner et al. 2024, S. 68).

Diese eindimensionale Problemwahrnehmung wurde früh bereits aus den Reihen der Gesundheitswissenschaften und später auch der Politik kritisiert. Ein Experte führt dazu aus:

„Gut, ich weiß, das ist irgendwie wahrscheinlich das Komplizierteste in einer Pandemie für alle Beteiligten: Zu verstehen, du hast ganz viele Waagschalen, ja, und wenn du auf eine Waagschale drauf drückst, zum Beispiel das Infektionsgeschehen einzudämmen versuchst, indem du die Leute ins Home Office schickst oder die Schulen eingeschränkt zugänglich machst, dann wirkt sich das auf andere Waagschalen aus – psychosoziale, wirtschaftliche, und, und, und, ganz viele Dinge, das ist ein komplexes System. Und um das irgendwie zu antizipieren, brauchst du verschiedenste Perspektiven auf das System. Und das haben wir nie zugelassen, weil wir haben mit diesem medizinisch-virologischen Tunnelblick – und einem mathematischen noch dazu – nur auf einen Parameter geschaut, ja, das Infektionsgeschehen. Oder sehr eindimensional draufgeschaut.“

Dieses Zitat betont den Charakter von Krisen als gesamtgesellschaftliches Phänomen, das eine Abwägung vieler Aspekte verlangt. Gleichzeitig macht es deutlich, dass selbst zu einem frühen Zeitpunkt der Krise bereits alternative Framings

mit Fokus auf psychologische, soziologische oder wirtschaftliche Perspektiven sichtbar wurden, jedoch den Handlungsrahmen kaum veränderten. Eine pluralistische Krisenwahrnehmung etablierte sich nur schrittweise, wie ein Politiker zusammenfasste:

„Enger Fokus am Anfang auf Mathematik, Statistik, und je länger die Pandemie gedauert hat, desto breiter ist es geworden. Naturwissenschaften, Epidemiologie, Infektiologie, Vakzinologie, was es da alles so gibt, aber eben auch im Bereich der Sozialwissenschaften, ja, so in etwa.“

Währenddessen wurde die Wissenschaft durch ihren kontinuierlichen Dialog mit Politik und Öffentlichkeit zunehmend sensibler für die eigene Perspektivenvielfalt als gesellschaftliche Nebenfolgen der Krisenpolitik zunehmend sichtbar wurden. Expert*innen zollten der Komplexität der gesellschaftlichen Debatte Tribut, indem sie ihrer eigenen Stellungnahmen und Empfehlungen zunehmend kontextualisierten:

„Am Anfang habe ich sicherlich Sachen klar formuliert, ohne dann immer den Disclaimer dabei zu haben nach dem Motto: Das ist nur die Sicht des Virologen. Diesen Disclaimer, den füge ich jetzt immer mehr dazu.“

Diese Diversifizierung der Problem-Framings zeigte zunehmend den multidimensionalen Charakter der COVID-19 Krise und spiegelte sich auch in Politikberatungsstrukturen.

4. Auswirkungen des Krisen-Framings auf die Gestaltung der österreichischen Politikberatungslandschaft

In Österreich war die wissenschaftliche Politikberatungslandschaft zu Beginn der COVID-19 Pandemie schwach ausgeprägt. Eine Einrichtung für generelle Notfälle des Gesundheitswesens, wie die Scientific Advisory Group for Emergencies (SAGE) in Großbritannien oder das Robert-Koch-Institut (RKI) in Deutschland, fehlte; existierende Gremien waren mit spezifischen oder pandemiefern Agenden betraut. Erschwert wurde der Aufbau eines wissenschaftlichen Politikberatungssystems durch häufige Wechsel in der österreichischen Regierung zwischen 2020 und 2023.

Bis zur Gründung der Gesamtstaatlichen Krisenkoordination (GECKO) Ende 2021 konnten sich wissenschaftliche Politikberatungsstrukturen vielfältig entwickeln (Bogner et al. 2024). Gemeinsam war den meisten österreichischen Gremien (Tabelle 2) eine transdisziplinäre Besetzung: Sie involvierten Stakeholder wie Ärzte- oder Apothekerkammer, Ländervertreter*innen und Administration

in unterschiedlichen Rollen (z.B. Expert*in, Zuhörer*in, Berater*in für operative Fragen etc.). Die Beratungsleistung der Gremien richtete sich an das Bundeskanzleramt, die Bundesregierung oder einzelne Ressorts; das Future Operations Board, eine selbstorganisierte Beratungsinitiative aus der Wissenschaft, verstand sich als Initialzündung für Policy-Lernprozesse. Die meisten Gremien waren als (wissenschaftliche) Kommissionen formalisiert; Ausnahmen bildeten das Future Operations Board und der Beraterstab der Taskforce.

Zeitlich kann man die Entwicklung der pandemiespezifischen Politikberatungslandschaft in Österreich in drei Phasen unterteilen, jeweils charakterisiert durch Veränderungen in Krisendynamiken und Krisenpolitik (Tabelle 2): eine Phase der *Mobilisierung* (circa das erste Halbjahr 2020), der *Diversifizierung und Formalisierung* (2020/21), und der *Konsolidierung und Zentralisierung* der Politikberatung (bis März 2023). Die vorliegende Zusammenfassung basiert auf dem detaillierten Überblick der österreichischen COVID-19 Gremienlandschaft in Bogner et al. (2024).

Akute Krise: Mobilisierung

Das erste Halbjahr 2020 stand im Zeichen der akuten Krise; entsprechend changed das Framing zwischen exekutiv und medizinisch-virologisch (siehe 3.). Handlungsdruck und Bedarf an Expertise mobilisierten bestehende Mechanismen des Krisenmanagements beziehungsweise der wissenschaftlichen Politikberatung: Einerseits das Staatliche Krisen- und Katastrophenschutzmanagement (SKKM), andererseits die Bioethikkommission mit Stellungnahmen zu pandemielevanten Themen (im Kontext der COVID-19 Impfung wurde später auch das Nationale Impfgremium aktiv).

Zusätzlich wurden in dieser Phase zwei COVID-19 spezifische Gremien gegründet: das Corona-Prognose-Konsortium und der Beraterstab der Taskforce des Gesundheitsministeriums. Ersteres war ein Zusammenschluss von Expert*innen der Technischen Universität Wien/DEXHELPP/dwh GmbH, der Medizinischen Universität Wien/Complexity Science Hub Vienna und der Gesundheit Österreich GmbH und erstellte regelmäßige Kurzzeitprognosen zu Fallzahlen und der Auslastung des Gesundheitssystems. Zweiterer diente der Beratung des Gesundheitsministers zu COVID-19 spezifischen Fragen und arbeitete zunächst informell und auf Zuruf. Der Beraterstab war inter- und transdisziplinär mit medizinisch-virologischem Schwerpunkt besetzt, band aber auch Einsatzorganisationen wie z. B. das Rote Kreuz ein.

Chronische Krise: Diversifizierung und Formalisierung der Beratungslandschaft

In dieser Phase (Sommer 2020 – 2021) wurden zwei weitere Lockdowns und diverse weitere Ausgangs- und Reisebeschränkungen verhängt (z.B. für Gruppen mit bestimmtem Impfstatus, zwischen bestimmten Regionen, bei Grenzübertreten etc.). Gleichzeitig adressierte die öffentliche Debatte zunehmend Nebeneffekte der Strategien im Umgang mit der Pandemie.

In der Politikberatung dominierte weiterhin das medizinisch-virologische Framing; seine hegemoniale Stellung wurde jedoch langsam brüchig und die Perspektivenvielfalt nahm zu (z.B. aus der Epidemiologie). COVID-spezifische Beratungsgremien (z.B. Taskforce oder Corona-Kommission) formalisierten sich zunehmend: So wurde die Taskforce und ihr Beraterstab aufgelöst und als Arbeitsgruppe in den erneut gegründeten Obersten Sanitätsrat eingegliedert, ebenso eine Arbeitsgruppe für psychosoziale Fragen. Die zusätzlich gegründete Corona-Kommission sollte eine bundesweit einheitliche Risikoeinschätzung vornehmen, wobei eine zuerst angedachte automatisierte Verknüpfung von Einschätzung und Maßnahmen nicht umgesetzt wurde.

Darüber hinaus jedoch diversifizierte sich die österreichische Gremienlandschaft und ergänzte durch zusätzliche Framings der Krise und die entsprechende fachliche Expertise. So bot das Future Operations Board Stellungnahmen zu unterschiedlichen Themen wie Gesundheit beziehungsweise Infektionskurve, Datenexzellenz oder Psychosoziales an. Damit ergänzte es vorrangig medizinisch-virologische Framings aus Sicht verschiedener Disziplinen, inklusive der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften.

Chronische Krise: Konsolidierung und Zentralisierung der Politikberatung

Diese letzte Phase (Dezember 2021 bis März 2023) stand im Zeichen der Konsolidierung der Politikberatung. Die neuauftretende Omikron-Variante veranlasste die Einberufung der inter- und transdisziplinären Gesamtstaatlichen COVID-Krisenkoordination (GECKO) (für eine ausführlichere Analyse siehe Buntfuß/Bogner in diesem Band). Als eine umfassende Anlaufstelle für die Politik sollte sie relevante Expertise aus Wissenschaft, Verwaltung und Exekutive bündeln und wissenschaftlich fundierte, aber operationalisierbare Vorschläge liefern. Zeitgleich wurden Gremien wie die COVID-19-Arbeitsgruppen im Obersten Sanitätsrat aufgelöst.

Trotz des interdisziplinären Anspruchs der GECKO bestand die Hegemonie des medizinisch-virologischen Framings weiter. Dies zeigte sich einerseits in der Besetzung – fachliche Kontroversen sollten außerhalb der GECKO geführt werden und ein*e Vertreter*in der als relevant erachteten Disziplinen die jeweilige

Perspektive repräsentieren – und andererseits in der zunehmend standardisier- ten Berichtslegung, die sich basierend auf Veränderungen der Fallzahlen und Kurzzeitprognosen vorrangig mit Immunitätsraten, Impfquoten, Testverfahren und Ähnlichem befasste. Die nachrangige Bedeutung der Sozialwissenschaften und Psychologie (z.B. Kommunikation, Politologie, Sozialpsychologie) zeigte sich sowohl durch die geringe Anzahl in der Besetzung als auch in ihrem enggesetzten Handlungsrahmen, der sie darauf beschränkte, für die medizinisch-virologische Debatte relevante Zahlen (etwa zur Impfwilligkeit oder zum Wissenschaftsver- trauen) zu liefern. Damit unterblieb eine grundlegende Reflexion des Problem- Framings innerhalb der GECKO.

Tabelle 2: Überblick über das jeweilige Krisenframing und die Organisation von COVID-19 Beratungsgremien in Österreich nach den verschiedenen Phasen der Pandemie, adaptiert nach Bogner et al. (2024).

	<i>Framing der Krise</i>	<i>Organisation der Beratungsgremien</i>	<i>Charakter der Bera- tungsgremien</i>
<i>Mobilisierung (02–06/20)</i>	Exekutiv & medi- zinisch-virologisch, inkl. Modellierung (aber kaum gesicher- tes Wissen)	Existierende Gremien: Staatliches Krisen- und Katastrophen- schutzmanagement; Bioethikkommission; Nationales Impfgremi- um (wird mit Impfung relevant) COVID-19 Gremien: Beraterstab der Task Force Corona-Prognose- Konsortium	Informell, auf Zu- ruf, flexibel, offen; inkl. operative Ebene
<i>Diversifizierung & Formalisierung der Beratungs- landschaft (06/2020 – 12/21)</i>	Medizinisch-virol- ogisch, inkl. Modellie- rung; selbstständige Bera- tung aus verschie- denen Disziplinen (u.A. Gesundheit/In- fektionskurve, Daten- exzellenz, Psychoso- ziales, etc.)	Task Force in Obers- ten Sanitätsrat einge- gliedert; Corona-Kom- mission; Future Ope- rations Board	Verstetigung von Beratungseinheiten

	<i>Framing der Krise</i>	<i>Organisation der Beratungsgremien</i>	<i>Charakter der Beratungsgremien</i>
<i>Konsolidierung & Zentralisierung der Politikberatung</i> (12/21 – 03/23)	Medizinisch-virologisch, inkl. Modellierung; Beiträge aus den Sozialwissenschaften und Psychologie, aber mit engem Handlungsrahmen (Impfwilligkeit, Wissenschaftsskepsis)	Gesamtstaatliche COVID-Krisenkoordination (GECKO); Auflösung Corona-Beiräte im Obersten Sanitätsrat	Umfassende Anlaufstelle für die Politik. Ziel: wissenschaftliche & operationalisierbare Vorschläge

5. Diskussion und Fazit

Dieser Beitrag zeichnete den Wandel von Politikberatungsstrukturen während chronischer Krisen anhand der COVID-19 Pandemie in Österreich nach. Dabei zeigte sich die Abhängigkeit der sozialen und epistemischen von der normativen Ebene: Die Dominanz eines Framings begünstigte die kontinuierliche Hegemonie einzelner Disziplinen insbesondere der Virologie, Epidemiologie und Modellierung, in den Fragen der Politik an die Wissenschaft und daher auch in Politikberatungsgremien zu COVID-19. Andere Perspektiven – aus dem Gesundheitsbereich (z.B. Public Health), aber auch zu anderen Themen, wie der Verschärfung der sozialen Ungleichheit (siehe z.B. Dawid 2020, 2021) – blieben trotz inter- und transdisziplinärer Ansprüche tendenziell unterbelichtet, über die Phase der akuten Krise hinaus.

Zwar bilden Gremien nur einen Teil des für die Politik verfügbaren pandemielevanten Wissens ab. Ihre Dominanz in der politischen und öffentlichen Wahrnehmung, beispielsweise durch ihre Repräsentation in den Medien, prägte jedoch die politische Diskussion in Österreich. Insbesondere zeigte sich, dass ein einmal gefasstes Framing sich nur langsam veränderte – vor allem in formalisierten Gremien (Beraterstab der Taskforce, Oberster Sanitätsrat, GECKO). Weniger formalisierte Settings reagierten auf diese Verzögerung: So bot das Future Operation Board eine Plattform für Stellungnahmen von Autor*innenkollektiven – mit eigenen Schwierigkeiten in der Konsensbildung. Vor dem Hintergrund des Wertpluralismus in chronischen Krisen bedeutete das, dass Interdisziplinarität und eine offene Auseinandersetzung über konkurrierende Framings zwar passierten, aber kaum nachhaltige Effekte zeigten (Bogner et al. 2024).

Ein Learning der Pandemie könnte daher sein, den multiperspektivischen Charakter von Krisen und die vielfältigen, von ihnen induzierten Problemlagen anzuerkennen und adäquat durch die Einbindung unterschiedlicher wissenschaftlicher Disziplinen und Perspektiven zu berücksichtigen. Dies stellt jedoch hohe Ansprüche an Inter- und Transdisziplinarität: So wurde der Anspruch von multiperspektivischer Beratung am Beispiel der GECKO sichtbar, dennoch fand wenig grundlegende Reflexion des Krisen-Framings statt – trotz des zunehmenden Bemühens um Transparenz in der Kommunikation und in den Arbeitsprozessen.

Vor dem Hintergrund darauffolgender Diskussionen um die Angemessenheit der COVID-19 Maßnahmen könnte eine Reflexion des Problem-Framings so bald als möglich nach dem Ende der Akutphase von Krisen auch dazu beitragen, eine Polarisierung des Umgangs mit (Gesundheits-)Krisen in der öffentlichen Wahrnehmung abzuschwächen. Neben empirischen Beiträgen könnte in chronischen Krisen hier eine Aufgabe für die interdisziplinäre Forschung liegen.

Danksagung

Das Projekt EPISTEMIS („Epistemische Sicherheit“, 2021–2023) wurde im Auftrag des Sicherheitsforschungsprogramms KIRAS (F&E Dienstleistungen) durch die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) gefördert. Ein herzlicher Dank geht an meine Projektkolleg*innen Alexander Bogner, Paul Buntfuß und Tanja Sinozic-Martinez für die kurzweilige Zusammenarbeit und die umfangreichen Kommentare zum Text.

Literatur

- Ångman, E. (2013): Was This Just for Show? Discursive Opening and Closure in a Public Participatory Process. In: *Environmental Communication* 7 (3), S. 409–426
- Beland Lindahl, K.; Baker, S.; Rist, L.; Zachrisson, A. (2016) Theorising Pathways to Sustainability. In: *International Journal of Sustainable Development & World Ecology* 23 (5), S. 399–411
- Bogner, A. (2023): Krise und Konflikt. Spannungen zwischen Wissenschaft und Demokratie in der Corona-Pandemie. In: Kiess, J.; Preunkert, J.; Seeliger, M.; Steg, J. (Hg.) (2023): *Krisen und Soziologie*. Weinheim, S. 118–137
- Bogner, A.; Buntfuß, P.; Fuchs, D.; Sinozic-Martinez, T. (2024): *Epistemische Sicherheit. Zur Rolle Wissenschaftlicher Expertise in Chronischen Krisen*. Projektbericht. Wien
- Brändle, S. (2020): Macron über den Feind, das Virus: ‘Wir sind im Krieg’. *Tageszeitung Der Standard* (blog) vom 16. März 2020. <https://www.derstandard.de/story/2000115820894/macron-ueber-den-feind-das-virus-wir-sind-im-krieg> [aufgesucht am 16.10.2025]

- Dawid, E. (2020): Armutsbetroffene und die Corona-Krise: Eine Erhebung zur sozialen Lage aus der Sicht von Betroffenen. Wien: Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
- Dawid, E. (2021): Armutsbetroffene und die Corona- Krise 2.0. Wien: Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
- Rosner, S. (2020): Weniger Regeln, mehr Eigenverantwortung. Tageszeitung. Wiener Zeitung (blog). 30. April, 2020. <https://www.wienerzeitung.at/h/weniger-regeln-mehr-eigenverantwortung> [aufgesucht am 16.10.2025]
- Stirling, A. (2008): 'Opening Up' and 'Closing Down': Power, Participation, and Pluralism in the Social Appraisal of Technology. In: Science, Technology, & Human Values 33 (2), S. 262–294
- Stöcker, C. (2020): Das hier ist kein Krieg. In: Magazin Spiegel/Wissenschaft (blog) vom 5. April 2020. <https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/corona-debatte-das-hier-ist-kein-krieg-kolumne-a-ee82dba7-e0f1-4a6a-93ef-c499cb16b433>. [aufgesucht am 16.10.2025]
- van Mierlo, B.; Beers, P. J.; Hoes, A.-C. (2020): Inclusion in Responsible Innovation: Revisiting the Desirability of Opening Up. In: Journal of Responsible Innovation 7 (3), S. 361–383
- Wynne, B. (2007): Public Participation in Science and Technology: Performing and Obscuring a Political-Conceptual Category Mistake. In: East Asian Science, Technology and Society. An International Journal 1 (1), S. 99–110

